

## Beschluss Solidarität mit der Ukraine!

Gremium: Landesdelegiertenrat  
Beschlussdatum: 26.03.2022  
Tagesordnungspunkt: 6. Aktuelle Debatte

### Antragstext

1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verurteilen auf das Schärfste den völkerrechtswidrigen und  
2 menschenverachtenden Einmarsch Russlands in die Ukraine. Gemeinsam mit allen  
3 demokratischen Kräften in Deutschland, Europa und aller Welt bekunden wir unsere  
4 Solidarität mit den Menschen in der Ukraine und stehen an ihrer Seite. Unsere  
5 Gedanken sind bei den Opfern, die dieser Angriffskrieg bereits gefordert hat und  
6 noch fordern wird. Unsere Solidarität und Unterstützung gilt auch den mutigen  
7 Menschen der russischen Zivilgesellschaft, die sich unter der Gefahr der  
8 Verhaftung und jahrelanger Haftstrafen offen gegen die Politik des Putin-Regimes  
9 stellen.

10 Russische Bombardierungen und Raketenangriffe machen vor zivilen Einrichtungen,  
11 Wohnhäusern, Theatern, Kliniken nicht halt. Vor allem die Küstenstadt Mariupol  
12 gleicht nach Augenzeugen einem Trümmerfeld. Das sind Kriegsverbrechen, für die  
13 sich Putin und seine Militärs werden verantworten müssen.

14 Als Bündnisgrüne stehen wir auf allen Ebenen für den Frieden und die Einhaltung  
15 der Charta der Vereinten Nationen ein. Wir begrüßen die Resolutionen der  
16 Vollversammlung der Vereinten Nationen, die den Angriff verurteilen und Russland  
17 auffordern, die Gewaltanwendung unverzüglich einzustellen. Nur 4 Staaten haben  
18 neben Russland diese Resolutionen abgelehnt. Das zeigt die Isolation, in die  
19 Präsident Putin sein Land getrieben hat.

20 Wir begrüßen die weltweite beispiellose Solidarität mit der Ukraine und die  
21 Verhängung von Wirtschaftssanktionen gegen Russland. Die Ukraine hat nach Art.  
22 51 der Charta der VN das Recht zur Selbstverteidigung, und wir stehen dazu, dass  
23 es in dieser Lage angemessen ist, die Ukraine materiell und ideell dabei zu  
24 unterstützen.

25 Wir begrüßen die seit langem überfällige Distanzierung der Landesregierung vom  
26 Projekt Nordstream 2 und den Aktivitäten der zu dessen Unterstützung gegründeten  
27 sogenannten „Stiftung für Klima- und Umweltschutz“. Wir fordern Vorstand und  
28 Geschäftsführung der Stiftung auf, alle Tätigkeiten für die Stiftung  
29 einzustellen und die zur Ruhigstellung des Widerstands gegen das Projekt  
30 vorgesehenen Mittel der Stiftung, soweit sie bereits geflossen sind, nicht  
31 auszugeben, bis ein Weg zur endgültigen Abwicklung der Stiftung gefunden ist.  
32 Wir werden es nicht damit bewenden lassen. Wir fordern volle Transparenz über  
33 alle Aktivitäten der Stiftung und die Hintergründe ihrer Gründung.

34 Innerhalb von wenigen Wochen hat dieser Krieg circa zehn Millionen Menschen  
35 veranlasst, ihr Zuhause zurückzulassen. Zweidrittel davon halten sich im Inland  
36 auf und werden von Landsleuten so gut es geht aufgenommen. Gut dreieinhalb  
37 Millionen Menschen haben das Land verlassen. Wir sind froh über die riesige  
38 Hilfsbereitschaft in Polen, Ungarn, Rumänien, der Slowakei und der  
39 Moldaurepublik. Die Ukraine ist ein buntes Land, das sich unter anderem vielen  
40 afrikanischen Studenten geöffnet hat. Wir wünschen uns deshalb, dass bei der

41 Hilfe keine Unterschiede nach Hautfarbe und ethnischer Herkunft gemacht werden.

42 Alle Kriegsflüchtlinge verdienen Unterstützung und Hilfe.

43 Wer vor Krieg und Gewalt flieht, ist bei uns willkommen. Wer Schutz sucht,  
44 findet bei uns in Mecklenburg-Vorpommern Sicherheit und, wenn gewünscht, auch  
45 ein neues Zuhause. Die Hilfsbereitschaft im Land ist beeindruckend. Aber es wird  
46 notwendig sein, diese bald mit professionellen Strukturen zu untersetzen bzw.  
47 bestehende Hilfsstrukturen zu stärken, um Erschöpfung zu vermeiden. Der ersten  
48 Hilfe nach der Ankunft muss über einen langen Zeitraum Beratung, Betreuung und  
49 Integrationsunterstützung folgen. Dazu müssen Land und Bund Fördermittel weiter  
50 aufstocken und Verwaltungsprozesse einfacher und transparenter machen. Auch bei  
51 uns darf es keine Unterschiede zwischen ukrainischen Staatsbürger:innen und  
52 Menschen aus Drittstaaten geben. Die Integration muss besser als in den  
53 vergangenen Jahren Konfliktpotenziale im Blick haben. Wo es ukrainischen  
54 Geflüchteten leichter gemacht wird, müssen Erleichterungen so gut es geht allen  
55 Geflüchteten zugutekommen. Auch wenn die meisten Geflüchteten hoffen, bald  
56 zurückkehren zu können, müssen insbesondere der Spracherwerb und Kontakte zur  
57 unmittelbaren Wohnumgebung unterstützt werden.

58 Das sichere Leben im eigenen Land kann all das nicht ersetzen. Deshalb bleibt es  
59 dabei: Die Souveränität der Ukraine ist nicht verhandelbar. Putin muss die  
60 Angriffe auf die Ukraine sofort einstellen und seine Truppen aus der Ukraine  
61 zurückziehen. Das fordern wir mit mehr als Zweidrittel aller Staaten der Welt.

62 Frieden und Unabhängigkeit für die demokratische Ukraine!